

Merseburger Kreisblatt.



Abonnementspreis: Vierteljährlich bei den Ausdrucken 1,50 Mk., in den Ausdrucken 1 Mk., beim Vorbezug 1,50 Mk., mit Beifolgebild 1,20 Mk. Die einzelne Nummer wird mit 15 Pfg. berechnet. — Die Expedition ist an Wochentagen von früh 7 bis abends 7, an Sonntagen von 8, bis 9 Uhr geöffnet. — Sprechstunden der Redaktion abends von 6, bis 7 Uhr. — Telefonamt 274.

Insertionsgebühren: Für die 6 gelbten Kernspalten oder deren Raum 20 Pfg., für Privat- in Merseburg und Umgegend 10 Pfg. Für periodische und größere Anzeigen entsprechende Ermäßigung komplizierter Satz wird entsprechend höher berechnet. Porten und Befragen außerhalb des Inseratenteils 40 Pfg. — Sämtliche Annoncen-Bureaus nehmen Inserate entgegen. — Telefonamt 274.

Tageblatt für Stadt und Land.

(Amtliches Organ der Merseburger Kreisverwaltung und Publikations-Organ vieler anderer Behörden.)

Gratisbeilage: „Illustriertes Sonntagsblatt“.

Der Nachdruck der amtlichen Bekanntmachungen und der Merseburger Lokal-Nachrichten ist ohne Vereinbarung nicht gestattet.

Nr. 68.

Dienstag, den 22. März 1910.

150. Jahrgang.

Abonnements-Einladung.

Mit dem 1. April beginnt das „Merseburger Kreisblatt“ ein neues Quartal. In einer politisch aufs lebhafteste bewegten Zeit, einer Zeit, in welcher die Partei des Umsturzes kühn und rücksichtslos in ihrem Vorhaben die Grundlagen des Staates und der Gesellschaft zu erschüttern versucht, einer Zeit, in der die Autorität gegenüber selbst den höchsten Kreisen gefühllos untergraben wird, in einer Zeit des politischen Wärmens und Tobens, wird von dem ordnungsliebenden Stadt- und Landbewohner ein Blatt um so lebhafter begehrt werden, das auf dem Boden der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung steht und unentwegt in einer starken Monarchie diejenige Institution erkennt, welche es einzig ermöglicht, den herausfordernden Wogen des Umsturzes, welche von allen Seiten her tosen und branden, Stand zu halten und sie zu brechen. Zu den Blättern, welche unbetört durch den Tageslärm in erster Linie danach trachten, das Fundament unseres Staatswesens intakt erhalten zu sein, auf dem dann weiter gebaut werden kann, gehört das „Merseburger Kreisblatt“, das nach wie vor zu seinem Ziele mitzuwirken bestrebt bleibt, vaterländische Gesinnung zu hegen und zu pflegen. In erster Linie gilt es, die Grundlage unseres Staatswesens zu erhalten, im Weiteren sollen werden sich vorweltliche Kreise einem gefunden, zeitgemäßen Fortschritt nicht verschließen. Dies unser Programm. Die Tagesneuigkeiten, die Nachrichten aus Provinz, Kreis und Stadt werden nach wie vor schnell und erschöpfend gebracht werden. Abonnements- und Insertionspreis bleiben unverändert.

Redaktion und Verlag des Merseburger Kreisblatts.

Rittmeister Bruhn und Frau.

23) Kriminalroman von Carl Brauns. Deutsche Bearbeitung. — Nachdruck verboten. Und da aus dem Verhör auch kein einziges Verdachtsmoment dafür herauskam, daß sie in Uebereinstimmung mit ihrem Manne gehandelt hatte, wurde sie bald wieder entlassen und der Gutsbesitzer, Rittmeister Bruhn, heruntergeholt. Die kurze Haft hatte ihn stark mitgenommen. Sein Wesen war still, sein Blick schen und von der sicheren Haltung, mit der er nach seinem letzten Verhör den Saal verlassen hatte, war nur noch wenig zurückgeblieben. Sein starkes Temperament deutete die Einflammet nicht, an die seine Gattin sich so leicht gewöhnt hatte. Der Rittmeister erwartete offenbar eine Reihe neuer Fragen, eine Reihe neuer Vorwürfe und Verdächtigungen, und er hatte sich vorgenommen, alles ruhig über sich ergehen zu lassen. Deso erstaunter war er, als der Kriminalrichter ihm mit größter Lebenswürdigkeit entgegentrat. Erinnern Sie sich, daß ich Ihnen im ersten Verhör sagte: Ihre Verdächtigung ist das beste Mittel, um Ihre Unschuld an den Tag zu bringen? Insofern, sagte der Rittmeister unsicher. Eine unbestimmte Hoffnung begann in seinem Gesicht aufzuleuchten.

Bekanntmachung.

Die Abmeldung der in der Zeit vom 1. Oktober 1909 bis Ende März 1910 eingegangenen oder abgeschafften Hunde hat nach § 4 der Hundesteuerordnung vom 22. Dezember 1904 bis spätestens den 8. April ds. Js. im Polizeibüreau während der Dienststunden von 8—1 Uhr vormittags zu erfolgen.

Die Fristversäumnis hat die Verpflüchtigung zur Fortentrichtung der vollen Steuer für das nächste Halbjahr zur Folge.

Merseburg, den 15. März 1910.

Die Polizeiverwaltung. (635)

Bekanntmachung.

Im Anschluß an die Polizeiverordnung des Herrn Regierungs-Präsidenten vom 20. Nov. 1909, betreffend die Behandlung beanstandeten Fleisches in den Schlächtereien, machen wir hiermit bekannt, daß die Entleerung der in den gewerblichen Schlächtereien außerhalb der Betriebsräume aufzustellenden, zur Aufnahme der bei der Fleischbeschau beanstandeten Teile und der sonstigen bei den Schlachtungen sich ergebenden festen Abfälle dienenden Sammelbehälter im Monat April d. Js. am 16. und 30. April, von da an in den Monaten Mai bis September jeden Jahres an jedem Sonnabend und in den Monaten Oktober bis April an jedem zweiten Sonnabend (erstmals am ersten Sonnabend im Oktober) nachmittags zwischen 4 — 5 Uhr in der hiesigen Abdeckei unter Aufsicht eines Polizeibeamten zu erfolgen hat. Sofern in einzelnen Betrieben eine hitere Entleerung notwendig werden sollte, hat der betreffende Schlächtereibesitzer der Polizeibehörde Mitteilung zu machen. Wir bringen dies hiermit den Inhabern gewerblicher Schlächtereien zur Kenntnis mit

der Aufforderung, für genaue Einhaltung dieser Vorschriften Sorge zu tragen zu wollen.

Zumiderhandlungen gegen diese Vorschriften werden mit Geldstrafe bis zum Betrage von 60 Mark, an deren Stelle im Unvermögensfalle verhältnismäßige Haft tritt, geahndet.

Merseburg, den 16. März 1910.

Die Polizeiverwaltung.

Ueber das Vermögen des Mineralwasserfabrikanten **Christian Bohn** in Merseburg ist heute den **18. März 1910, vormittags 10 Uhr** das Konkursverfahren eröffnet. Der Kaufmann **Fried. R. Kunth** in Merseburg ist zum Konkursverwalter ernannt. Anzeig- und Meldefrist läuft bis zum **15. April 1910**.

Erste Gläubigerversammlung findet am **16. April 1910, vormittags 10 Uhr** und allgemeiner Brühungstermin am **27. April 1910, vormittags 10 Uhr** im hiesigen Amtsgericht Zimmer Nr. 19 statt.

Merseburg, den 18. März 1910. Der Gerichtsschreiber des Rgl. Amtsgerichts. Dieze, Aktuar. (658)

Die Balkanvöge auf Reisen.

München, 19. März.

Die „München. Neuest.“ schreiben: Am 20. März tritt König Ferdinand seine Reise nach Konstantinopel an und am demselben Tage König Peter nach dem Norden, nach Petersburg. Diese Faktionen der beiden Könige werden vielleicht späteren Geschichtsschreibern als Marksteine neuer Entwicklungen in der Balkanpolitik gelten. Der König von Serbien hat viele Jahre lang um die Erlaubnis bitten müssen, sich dem

Baren nähern zu dürfen, und Jahre lang war er mit seinen Bitten abgewiesen worden. Denn der Zar großte, weil Peter Karageorgewitsch ein feinergeartetes gegebenes Versprechen nicht gehalten hatte. Als der Thron des letzten Orenowitsch ins Wanken geraten war und man in Petersburg sehr genau mußte, daß die Tage König Alexanders gezählt seien, da entfandte der Zar besondere Gesandte zum Fürsten Nikolaus nach Cetinje und zu Peter Karageorgewitsch nach Genf mit der dringenden Aufforderung an Beide, sie mögen ihre Hände nicht mit dem Blute der Orenowitsch besudeln. Beide versprachen es, und Nikolaus von Montenegro hielt sein Versprechen. Peter Karageorgewitsch aber zog wenige Tage nach der Blutnacht vom 11. Juni 1903 in Belgrad als Herrscher ein, und in Petersburg glaubte man zu wissen, daß er sein dem Baren gegebenes Versprechen gebrochen und um die Wegel im Belgrader Konak genossen hätte. Der Zar war empört und wollte von Peter nichts wissen. Ein Handschreiben, das der letztere in jenen Tagen an den Baren jauchte man unerschüttert von Petersburg nach Belgrad zurück. Vergessen erbat Peter Verzeihung, und sogar während der Amnigionskriege durfte nur sein Sohn, der damalige Kronprinz Georg nach Petersburg kommen. . . Jetzt aber ist alles vergessen und vergehen, die Freitagspolitik Zismolits verlangt es und König Peter wird in Petersburg empfangen.

Allein die Welt am Balkan wird auch durch diesen Besuch schmerzlich in den Augen gehoben werden: König Peter kam und wird aus Petersburg nicht mehr heimbringen, als gute Ratsschlüsse zum Frieden und Lehren für den Besuch in Konstantinopel. König Ferdinand hat dies schon erfahren und ist seit seinem Besuche in Petersburg um eine Entschüpfung reicher. Denn wenn man jetzt in Sofia auch bonne mine au mauvais

Ihre Unschuld ist bewiesen! Der Gutsbesitzer samt überwältigt auf die Bank nieder. Sie ist bewiesen? Ja! Aber wodurch? Haben Sie den Schuldigen gefunden? Es ist ja nicht nötig, daß ein Schuldiger da ist. Nein, das ist nicht nötig. Der Verdacht wird also auch ferner auf mir sitzen bleiben? Nein, wie ich Ihnen sage. Sie werden vollständig gereinigt aus diesem Saal hervorgerufen. Wie, werde ich Ihnen später sagen, augenblicklich kann ich Ihnen den Zusammenhang nicht näher erklären. Es herrscht also kein weiterer Verdacht gegen mich? Nein. Der Gutsbesitzer Bruhn trat an die Schranke und streckte seine Hand aus. Nehmen Sie meine Hand. Nie zuvor war ich so glücklich. Ich durfte ja nicht hoffen, daß das Mißverständnis so schnell aufgelöst würde, und ich bin überzeugt, daß ich dies in erster Linie Ihrer unermüßlichen Arbeit zu verdanken habe. Der Kriminalrichter hatte sich schon etwas von der Schranke entfernt und dem Gutsbesitzer halb den Rücken zugekehrt. Allen Ansehen nach hatten die Worte einen großen Eindruck auf ihn gemacht, er tat aber, als beachtete er die hingestreckte Hand nicht, und deshalb zog der Gutsbesitzer sie nach kurzem Stutzen wieder zurück. Sie sind frei, sagte der Richter kurz. Der Gutsbesitzer starzte ihn einen Augenblick an. Danke, sagte er darauf ebenso kurz und verließ den Gerichtssaal. Diesmal grüßte der dicke Gerichtsdienner ihn mit sichtlich Freude. Der Gutsbesitzer begab sich geradewegs zum Kaufmann. Die Bekannten, die ihn trafen, grüßten ihn mit tiefer Ehrerbietung, die deutlich zeigte, daß er ein Mann war, der sich vollauf die bürgerliche Achtung wieder erobert hatte. In ihrem Wesen lag aber trotzdem etwas, das auf ein gewisses, ihm unverständliches Beileid schließen ließ. Als er auf dem weiten Hofplatz des Kaufmanns anlangte, sah er, daß sein Korbwagen noch in der Remise stand. Dies machte ihn sichtlich glücklich. Man war

also von seiner Unschuld im voraus überzeugt gewesen und hatte geglaubt, daß er in kurzem wieder auf freien Fuß gesetzt würde. Sonst hätte man den Wagen doch nach Hause geschickt. Er ahnte nicht, daß der Wagen eine Andere herüber gebracht, die er zwei lange Tage vergeblich erwartet hatte. Der Stallknecht, der aus seiner Kammer trat, war ganz klar, als er des Gutsbesitzers ansichtig wurde. Er hatte auf die gnädige Frau gewartet. In dessen sagte er nichts, sondern fragte nur, ob er anspannen solle? Natürlich, erklärte der Rittmeister munter ohne auf die Verlegenheit des Knechtes zu achten. Meinst Du nicht, daß ich schon lange genug fortgewartet bin? Ja—a! sagte der Knecht, der nicht weiter zu fragen wagte.

(Fortsetzung folgt.)

Telegramme und letzte Nachrichten.

* **Sanaa**, 20. März. In höher gelegenen Teilen des Keffes **Geinhausen** ist in der verfloffenen Nacht starker Schneefall eingetreten.

von zu machen versucht, so ist es doch sicher, daß König Ferdinand aus Petersburg etwas anderes heimgelungen hätte, als den Befehl, den Sultan zu beschützen, um ihn der friedlichen Absichten Bulgariens zu versichern. König Ferdinand hätte gewollt, daß man einer bulgarischen Aktionspolitik den Petersburger Segen geben werde. Aber der sonst so kluge Herr hat dabei den Reichenspieler dargangen, daß er für seine Balkanpolitik die Unterstützung eines Rußlands zu finden hoffte, das zur Zeit militärisch nicht aktionsfähig ist. In Petersburg aber sah man ein, daß eine aktive bulgarische Politik zu schweren Komplikationen führen könne, bei denen Rußland in seiner jetzigen Lage wieder nur den passiven Zuschauer spielen müßte. Dies hätte aber Rußlands Prestige am Balkan nicht erhöht, sondern vermindert, und das konnte Herr Jemoloff nicht brauchen. Außerdem winkte Wien sehr deutlich. Deshalb erhielt König Ferdinand, mochte man darüber in Bulgarien auch noch so wenig erbaut sein und es sogar dem König ausdrücklich verneinen, den Auftrag, nach Konstantinopel zu gehen.

Er wird dort mit den größten Ehren empfangen und auch König Peter wird sich über die Aufnahme in Konstantinopel nicht zu beklagen haben. Man ist auf der Höhe der Sache über die Besuche der beiden Könige aufrichtig und mit Recht erfreut. Denn es kann nur das Prestige der Türkei am Balkan und im ganzen Orient bedeutend erhöht werden, wenn die Balkankönige zum Sultan kommen und ihn ihrer freundschaftlichen und friedlichen Absichten versichern. Es ist schon recht lange her, daß man in Konstantinopel einen Boten von Balkanfürsten erlebt hat; umso mehr freut man sich jetzt darüber. Im übrigen werden die beiden Könige in Konstantinopel nur handelspolitische Versprechungen und Zusagen erhalten. Es darf auf Grund äußerlicher Mittelungen versichert werden, daß die Türkei nicht entfernt daran denkt, sich in einen Balkanbund oder etwas ähnliches einzulassen. Davon könnte schon Herr Milomanowitsch erzählen. Dagegen werden die Besuche der Balkankönige sicherlich dazu beitragen, für die nächste Zeit eine Besserung der Situation am Balkan einzuleiten.

Die Affäre des Reichstagsabgeordneten von Oldenburg = Jansschau.

Merseburg, 21. März. Kurz vor Schluß des Reichstags hat sich, vorigen Donnerstag, noch ein höchst unliebsamer Zwischenfall abgepielt: Der Abgeordnete von Oldenburg, der ganz überflüssiger Weise von drei Abgeordneten der Linken provoziert worden war, sprach diesen direkt die Ehre ab.

Der Vorsitzende der konservativen Fraktion, von Normann, sprach namens derselben im Laufe der Debatte seine Mißbilligung über das Vorgehen des Abgeordneten von Oldenburg aus.

Die nationalliberalen „Mündeln. Neust.“ beschäftigten sich eingehend mit dem Zwischenfall und schrieben u. a.: „Angefangen hat den Handel der Abgeordnete von Oldenburg. Jansschau. Wütend war es nicht; er hätte sich nach seinen bekannten provozierenden Bemerkungen über die sündendeutschen Bundesbrüder, die der bayrische Kriegsminister in der bayrischen Kammer der Abgeordneten würdig und treffend in die Schranken zurückgewiesen, mit dieser Abweisung begnügen können; es war eine parlamentarische Provokation. Und daß leider auch dem bayrischen Landtag nach dem Reichstag hin geantwortet werden mußte, war auch nicht die Schuld des Reichstagsmitglieds, sondern lediglich die Folge der Provokation Oldenburgs.“ Statt still die Nase in das bayrische Landtagsprotokoll zu stecken, brachte er die Affäre auf den „Point d'honneur“. Wie der bayrische Militärbevollmächtigte Gebhardt darauf reagierte, — darüber noch ein besonders Wort. — Jedenfalls verlor er die Gefährungen des bayrischen Kriegsministers, die nach dem Protokoll der bayrischen Abgeordnetenkammer dahin lauten: „Es gibt im Leben und in der Geschichte der Völker glückliche und unglückliche Zeiten, zumvorteil und zumnachte. Wenn nun ein Vertreter des Reichstags auf die unglücklichen Zeiten in der Geschichte des einen oder des anderen

Stammes hingewiesen hat, so ist das eine Gesichtsverletzung, eine Entgleisung, nicht wert, sich darüber aufzuregen.“ Das war eine würdige und bestimmte Abweisung. Und wenn Herr von Oldenburg sich mit dem Kommentar, daß das keine Beleidigung sei und auch nicht als Beleidigung betrachtet sei, begnügen wollte, so hätte man ihn vor der ihm wiederfahrenen Wertung stehen lassen sollen — es ist denn, daß bestimmte Anhaltspunkte dafür vorliegen, was nach dem weiteren Verlauf der Diskussion schien, daß Herr von Oldenburg dem bayrischen Kriegsminister von weitem mit der Pistole gewinkt hat oder, wie er sich nachher ausdrückte, daß seine Auseinandersetzung mit dem bayrischen Kriegsminister der „Abschluß eines Ehrenhandels“ war. Wäre es so — im Reichstag hat man es jedenfalls angenommen —, dann war es angeeignet, dies mit aller Schärfe zur Sprache zu bringen, denn wohin würden wir kommen, wenn parlamentarische Differenzen nicht auf dem Wege der Hausdisziplin erledigt, sondern auf den Boden des Zweikampfs geschoben werden sollten. Die Art, wie darauf der Abg. Dr. Müller-Meinungen von Oldenburg vom bayrischen Kriegsminister erhalten, war eine unnötige und peinliche Provokation, wenn sie auch formell noch innerhalb der zugelassenen Grenzen blieb; und wenn der Abgeordnete Jansschau und der Sozialdemokrat Kosske auch formell korrekt geblieben, so wäre es doch auch von ihnen richtiger gewesen, den Abg. von Oldenburg in der beschämenden Situation sitzen zu lassen, in die er sich selbst vor dem Reichstag gebracht. Daß daraufhin der Abg. v. Oldenburg noch weiter ging und den drei Rednern abstritt, „in persönlicher Sache einen Ehrenstandpunkt zu haben“, war eine große Injektive.“

Reichstagsabgeordneter Otto Hermes 4.

Berlin, 19. März. Der fortschrittliche Reichstagsabgeordnete und langjährige Direktor des Berliner Aquariums, Dr. Otto Hermes, ist heute an einem Schlaganfall im Alter von 71 Jahren gestorben. Sehr enge Bande verknüpften Dr. Hermes mit Eugen Richter, dem er fast 40 Jahre lang als Freund nahe stand. Dr. Hermes vertrat den Reichstagswahlkreis Jauer-Landeshut. Von 1886—1888 war er auch Mitglied des preussischen Abgeordnetenhauses.

Neunter internationaler Wohnungskongress.

Vom 30. Mai bis 2. Juni 1910 findet in Wien der IX. internationale Wohnungskongress statt, der zum erstenmal auf österreichischem Boden tagt. Die Diskussion der auf dem Kongress zu erörternden Wohnungsfragen wird in der sorgfältigsten Weise vorbereitet. Für die schriftlichen Referate wurden die bekanntesten Fachmänner in allen Kulturländern gewonnen. Außerdem wird für jeden Staat ein Bericht erstattet, der in großen Zügen die Fortschritte der Wohnungsreform während der letzten fünf Jahre zur Darstellung bringt. An den Kongress wird eine Ausstellung von Plänen und Modellen musterhafter Kleinwohnungen des In- und Auslandes angeschlossen. Diese Fachaussstellung soll eine innige Verbindung zwischen der theoretischen Erörterung der bautechnischen Probleme und ihrer praktischen Lösung herstellen, sie soll den Kongressmitgliedern ein überflüssiges Studienmaterial bieten, das seine Ergänzung durch Exkursionen in gemeinnützige Wohnungsanlagen erhalten wird. Die Verhandlungen des Kongresses, der eine rege Beteiligung erwarten läßt, versprechen wertvolle Anregungen zur Lösung des Wohnungsproblems für alle Interessenten.

Politische Uebersicht. Deutsches Reich.

Berlin, 20. März. (Sonntagsblätter.) Es Majestät der Kaiser und Ihre Maj. die Kaiserin nahmen heute vormittag an dem Gottesdienste in der Kaiser-Wilhelms-Kathedrale teil. Nach der Festlichkeitsfeier unternahmen die Majestäten eine Ausfahrt im Automobil nach dem Grunewald. — Der Werkmeistler-Verband in Düsseldorf, der seit Juni 1909 sein neues im Erbbaurecht erbautes Haus am Rhlen bezogen hat, zählte Ende 1909: 50 600 Mitglieder in 880 Bezirkvereinen. Mit den Ehefrauen und Witwen betrug der Versicherungsbestand der Sterbekasse rund 110 000 Personen. An die Mitglieder und

Innaldien wurden 1909: 204 000 M. Unterstützungsgeld, die Witwen bekamen 255 000 Mark, für die Waisen wurden insgesamt 25 000 M. jährlich angesetzt. Außerdem zahlte die Sterbekasse 737 000 M. Sterbegelder. Die erheblichen Ueberschüsse, die die Sterbekasse trotzdem erzielte, werden im nächsten Jahre unter den bedürftigen Mitgliedern der Kasse verteilt. Außerordentlich stark ist die Sparkasse in Anspruch genommen worden, deren Anlagebestand Ende 1909: 4 000 000 M. betrug. Sie war in der Lage, aus den Einsparüberschüssen 31 000 M. an die Unterstützungskassen des Verbandes zu überweisen. Ingesamt zahlte der Verband, der auch im Jahre 1909 eine rege sozialpolitische Tätigkeit entwickelte, bis Ende 1909 14 Mill. Mark Sterbegelder und Unterstützungen an Mitglieder, Witwen und Hinterbliebene. Trotzdem hat er 12 Millionen Mark Vermögen gesammelt.

Bremen, 20. März. Turbulente Szenen gab es in der Bürgerchaftsversammlung, in der die Anträge der Sozialdemokraten betr. Einstellung des Disziplinarausschusses gegen einige Lehrer wegen des an Bebel abgeleiteten Gehäufungssteuergesetzes, ferner Aufhebung der religiösen Morgenandachten sowie der patriotischen Feiern in den Schulen mit allen bürgerlichen Stimmen abgelehnt wurden. Das Publikum, das die Tribünen besetzt hielt, veranfaßte bei diesem Ergebnis andauernd lärmende Kundgebungen, bis die Tribünen schließlich von der Polizei geräumt wurden.

Locales.

Merseburg, 21. März. * **Gedenktage.** Morgen, am 22. März, ist der Geburtstag weiland Kaiser Wilhelms I., der Bild richtet sich rückwärts, wir sehen ihn im Geiste wieder lebend vor uns, wie er, schon hochbetagt, in aufrechter Haltung und festem Schritte, jeder Ball ein König, die Front der Truppen abtritt, jeden einzelnen Mann aufs genaue musternd. Kaiser Wilhelm war in erster Linie Soldat, zu der Größe des Heeres, zu seiner Reorganisations, zu seinem innern Wert hat er nicht nur das Beste beigetragen, sondern vorbildlich gewirkt auf Jahrzehnte hinaus. Wer das Bild gepahet hat, unter seinen siegreichen Feinden zu kämpfen, wird die gewaltige Persönlichkeit mit dem milden, freundlichen Gesichtsausdruck nie vergessen, und die Truppen hingen an ihm, wie Kinder an ihrem Vater. In dem Telegramm, das der damalige König nach der Schlacht von Sedan an die Königin sandte, hieß es u. a.: „Ich ritte das Schlachtfeld ab, wohin ich kam, war der Jubel der Truppen unbeschreiblich.“ So ragt aus großer Zeit die hehre Gestalt des genialen Kaisers bis hinein in unsere Tage und genügt uns, immer von neuem unserer Alltagspflichten eingedenk zu sein und, wie der Heimgegangene, unermüdet zu wirken für des Vaterlandes Ehre und Größe. In diesem Sinne ehren wir das Andenken des unvergesslichen Kaisers am morgigen Tage.

* **Personalia.** Der neuernannte Regierungsdirektor Dr. jur. Dalchow aus Merseburg ist dem Kandidaten des Reiches Kandidat zur Hilfsleistung in den landräthlichen Geschäften zugeweiht worden.

* **Von Hgl. Domgymnasium.** Vorigen Freitag fand im Domgymnasium unter Vorsitz des Herrn Geh. Rat Weyer aus Magdeburg die Prüfung der diesjährigen Abiturienten statt. Es erzielten das Zeugnis der Reife die Oberprimaner: Weyer, Voesebeck, Erlede, Guntber, Hoffmann, Hilke, Schildt, Tänger, Weyer. Voesebeck, Schildt und Tänger wurden von der mündlichen Prüfung dispensiert. — Heute, Montag, fand die feierliche Entlassung der Abiturienten statt, die Osterferien beginnen übermorgen, Mittwoch und dauern bis 6. April einschließl.

* **Von Hgl. Seminar.** Der Zugang zum Seminar bleibt unvermindert, die Bewerber in den Regierungsbezirk Merseburg sind noch nicht alle besetzt, die Laufbahn des Lehrers ist infolge der neueren Gesetzgebung eine erheblich bessere geworden, als sie früher war, und manche Familie, die ehemals nicht daran gedacht hätte, läßt jetzt den erwachsenen Sohn Lehrer werden. So ist der Zugang aus der Stadt Merseburg ganz erheblich, junge Leute von auswärts werden erst in zweiter Linie berücksichtigt.

* **Palmarum.** Der gestrige Sonntag gehörte unseren jungen Mitgliedern der Ehrenkommande, den Konfirmanden, welche in den einzelnen Gottesdiensten eingeschneit wurden und die nun hinaus treten in das weite Weltgetriebe. Rein aufrichtiger Wunsch, als daß die Saat, welche in die jungen Herzen

geleget worden ist, aufgehen möge und daß sie nicht ausgerissen werde von rauher, unwürdiger Hand. — Der Tag war von schönem Frühlingssonne besänftigt.

* **Zur Notierung der Stadtanleihen.** Der Berliner Börsenvorstand hat mit Gültigkeit vom 1. April beschlossen, daß für Stadtanleihen, die in Beträgen von weniger als 5 000 000 Mark Nennwert an die Börse gebracht werden und wofür auch bei Zusammenlegen der Notiz mit anderen gleichartigen Anleihen ein Nennbetrag von 5 000 000 Mark, auf den sich die Notierung dann bezieht, nicht erreicht wird, nur zweimal in der Woche eine Kursfeststellung vorgenommen werden soll. Diese Kursfeststellung findet statt am Dienstag und Freitag jeder Woche und am 31. Dezember jeden Jahres. Fällt an einem dieser Tage die Börsen-Versammlung aus, so soll die Kursfeststellung am vorhergehenden Börsentage erfolgen. An den anderen Börsentagen wird im amtlichen Kursblatt die Notizdesvorangegangenen Notierungstages fortgeführt. Anleihen von Städten, die zu dem engeren Wirtschaftskreisgebiet von Berlin gehören, werden in allen Fällen öffentlich notiert. Für Stadtanleihen, die neu an der Börse eingeführt werden, findet bis zum Schluß des auf die Einführung folgenden Semesters eine tägliche Kursfeststellung statt. In einem Schreiben der Königl. Reichsanwaltschaft (Preussischen Staatsbank) an den Börsen-Vorstand werden die Gründe dargelegt, welche eine Anzahl Stadt-Verwaltungen veranlaßt haben, gegen nur teilweise Notierung von Stadtanleihen den Einpruch zu erheben. Der Börsenvorstand hat diesen Bedenken nicht bedacht können und die Erwägungen, welche zum obigen Beschluß geführt haben, in seinem Antwortschreiben ausführlich erörtert. Der in Rede stehende Beschluß hat die erforderliche Genehmigung der Berliner Handelskammer gefunden. Betroffen werden von diesem Beschluß des Börsenvorstandes insgesamt 59 Stadtanleihen.

* **Postlager-Karten.** Um die ohne persönliche Abreise zur Verfertigung kommenden Briefsendungen, die sogenannten Schifferbriefe, vor der Abholung durch Unbefugte zu schützen, werden vom 1. April ab die Postanstalten, die sich mit der Ausgabe von Briefen befassen auf Wunsch Postlager-Karten ausstellen. Die Ausfertigung der Postlagerkarte ist am Schalter der Postanstalt, wo die Abholung der Briefe stattfindet, soll, zu beantragen. Die Postlagerkarten weisen eine vordruckte Nummer auf. Briefe, die unter dieser Nummer mit dem Zusatz „Postlagerkarte“ und dem Namen der die Postlagerkarte ausstellenden Postanstalt eingeben, z. B. Postlagerkarte Nr. 47 Berlin W. 8, werden nur demjenigen verabfolgt, der die vom Postamt Berlin W. 8. ausgestellte Postlagerkarte Nr. 47 vorlegt. Die Postlagerkarte hat Gültigkeit für die Dauer eines Monats, vom Tage der Ausstellung ab bis ausschließlich demselben Tage des nächsten Monats — also z. B. vom 16. Februar bis einschl. 15. März —; ihre Gültigkeit kann um je einen Monatszeitraum verlängert werden. Für die Ausstellung einer Karte, ferner für jede Verlängerung der Gültigkeitsdauer wird je eine Gebühr von 25 Pf. erhoben. Eine Verpflichtung zur Abholung von Postlagerkarten besteht nicht; es können also auch Schifferbriefe in beliebiger Weise ohne jeden Ausweis bei der Post abgefordert werden.

Provinz und Umgegend.

Halle, 20. März. Hier fand heute ein zahlreich besuchter mitteldeutscher Privatbeamtenstag statt. Die nach einer Rede des Reichstagsabgeordneten Strefemann einmütig angenommene Resolution betont, daß die Erklärungen des Staatssekretärs Delbrück große Beunruhigung unter die Privatbeamten getragen haben, und fordert, daß das Reichsamt des Innern ein Privatbeamten-Versicherungsgezet auf Grundlage der zweiten Regierungsentwürfschrift noch in dieser Session, spätestens aber im Herbst beim Reichstag einbringt. Eine Petition an den Hansabund wurde vom Vorsitzenden, Wobertan.

Halle, 19. März. Wegen der Wahl-Ergebnisse vom 6. und 13. Februar verurteilte die Strafkammer von dreizehn Angeklagten zehn wegen Aufruhrs und Beleidigung von Polizeibeamten zu Gefängnisstrafen von zwei bis fünf Wochen.

Halle, 17. März. Die schon 29 mal vorbestrafte 44 jähr. Wm. Anna Schneider, eine Wagerin, zieht seit sechs Jahren mit dem gleichfalls vorbestraften Oesterreicher Josef Ponus umher. Das die Paar gewinnt seinen Lebensunterhalt gelegentlich durch Betteln, Stehlen und Vortügen. Im Januar

